

Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 9 (1989)
Heft: [2]: Schuldenkrieg und CH-Finanzkapital

Artikel: Prüfstein Südliches Afrika : Goldhandelsplatz Schweiz und internationale Solidaritätsbewegung
Autor: Madörin, Mascha
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-652637>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 20.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Prüfstein Südliches Afrika

Goldhandelsplatz Schweiz und internationale Solidaritätsbewegung

IWF (Internationaler Währungsfonds) und die Weltbank sind mächtige Institutionen zur Durchsetzung der Interessen des internationalen (Gross-)Kapitals im allgemeinen und der USA im besonderen. Soweit so schlecht. Die Frage ist „nur“, was wir dagegen tun.

Oft wird bei uns in der Schweiz die IWF/Weltbank-Problematik auf zwei Ebenen diskutiert: Erstens die eine Fragestellung, die sich um den Beitritt dreht: ja oder nein; zweitens die andere um die entwicklungspolitisch absurden Kriterien für die Kreditvergabe von IWF und Weltbank und um die Frage, wie auf entwicklungspolitisch sinnvolle Art mit der Verschuldung der Dritten Welt umzugehen ist.

Beide Fragestellungen sind im Zusammenhang mit dem Südlichen Afrika für die Schweiz irrelevant: Der IWF hat sich im Fall Südafrikas nicht einmal an die eigenen Kriterien gehalten, geschweige denn an entwicklungspolitisch vernünftige. Und die Schweiz bzw. die Schweizer Grossbanken haben vorübergehend die Rolle des IWF gegenüber Südafrika übernommen (Umschuldungsverhandlungen 1985-87), als der IWF von der US-Solidaritätsbewegung daran gehindert wurde, eine Politik zugunsten des Apartheidsystems zu betreiben. Die schweizerische Politik gegenüber dem SADCC-Bündnis (1) seit 1980 unterscheidet sich nicht von den Positionen einer Weltbank oder eines IWF. Relevanter wäre die Frage, wie wir die schweizerische Aussenpolitik gegenüber dem Südlichen Afrika ändern können.

Südafrika

Südafrika ist wegen des Goldes schon seit Jahrzehnten von den westlichen Währungsorganisationen privilegiert behandelt worden – oder richtiger gesagt, das sichere Bündnis mit Südafrikas herrschenden weissen Klassen war den weissen Wirtschaftsmännern (2) der westlichen Industriestaaten schon immer ein besonderes Anliegen. Südafrikas Reservebank hat wiederholt günstige Kredite vom IWF erhalten, wenn das Land Zahlungsbilanzschwierigkeiten hatte, so 1976 und 1982. Bereits 1976 wurde Südafrika vom IWF höflich auf die „Starrheiten des Arbeitsmarktes“ aufmerksam gemacht, die eine weitere Wirtschaftsentwicklung hemmen könnten (3). Schon allein dieser Begriff, der die radikale (bürgerliche) Rechtlosigkeit der Schwarzen dezent verharmlost, die nie eine „freie Ware Arbeitskraft“ waren, wie es in der IWF-Theorie der „freien Marktwirtschaft“ eigentlich vorgesehen wäre, zeigt schon, wie inkonsequent der IWF mit seinen eigenen Prinzipien umgeht. Südafrika war auch sonst nicht IWF-konform: Die dominierenden staatlichen Investitionsprojekte (der Apartheidstaat ist heute der zweitgrösste Un-

ternehmer Südafrikas), die wegen Aufrüstung stark steigenden Staatsausgaben und der nicht frei konvertierbare Rand wären in andern Fällen längst Grund genug gewesen, keine Kredite zu gewähren. Anfangs der 80er Jahre verschuldete sich Südafrika zusehends wegen seiner ehrgeizigen Aufrüstungs- und Industrialisierungsprogramme. Am 3.11.1982 drückten die Exekutivdirektoren der westlichen Industrieländer unter der Führung der USA ein Kreditpaket von 1,1 Mrd. Dollar an Südafrika durch. Ein paar scharfsinnige IWF-Funktionäre stellten fest, dass Südafrika verschiedene IWF-Bedingungen nicht erfülle. Nichtsdestotrotz wurden – entgegen jeglicher üblichen Praxis! – 80 Prozent des Kredits an Südafrika ausbezahlt, bevor Südafrika irgendwelche Bedingungen erfüllt hatte (4).

1983 setzte die Solidaritätsbewegung im US-Kongress einen Beschluss durch, der die USA verpflichtete, das Veto gegen IWF-Kredite an Südafrika einzulegen, wenn nicht bewiesen werden könne, dass dieser Kredit der Abschaffung der Apartheid diene. Dieser clevere, subversiv formulierte und auch für konservative politische Kräfte der USA einsichtige Kongressbeschluss bewirkte, dass das Apartheidregime realistischerweise nicht mehr mit weiteren IWF-Krediten rechnen kann, jedenfalls solange wie die US-Solidaritäts-Bewegung stark genug ist, die juristische Bremse im IWF-Getriebe für sich zu nutzen.

Im August 1985 erneuerten zwei US-Banken wegen des starken politischen Drucks der Solidaritätsbewegungen kurzfristige Kredite an Südafrika nicht mehr. Andere Banken folgten panikartig, und Südafrika musste seine Zahlungsunfähigkeit erklären. Wenn es „normal“ zugegangen wäre, hätte Südafrika an den IWF zwecks Umschuldungsverhandlungen gelangen sollen. Es gelangte stattdessen jedoch an den Schweizer Leutwiler (Ex-Nationalbankpräsident und damals Chef der BBC, heute ABB), der die erste Umschuldungsrunde für Südafrika organisierte. Es wurde eine einjährige, für Südafrika günstige Übergangsregelung gefunden. Inzwischen schlossen sich die zwölf Hauptgläubigerbanken (darunter die drei Schweizer Grossen SBG, SBV und SKA) zu einem fast ganz geheimen Umschuldungskomitee zusammen, das dann im Frühling 1987 mit Südafrika verhandelte. Es kam zu einem für Südafrika günstigen dreijährigen Umschuldungsabkommen *ohne jeglichen politischen und wirtschaftlichen Bedingungen*, auch nicht solchen, die ein IWF hätte stellen müssen. Den an den Verhandlungen beteiligten Schweizer Grossbanken wird nachgesagt, dass sie sich am stärksten für ein langfristiges Umschuldungsabkommen ohne politische Bedingungen eingesetzt hätten, ganz so wie es das Apartheidregime selbst vorgeschlagen hatte. Inzwischen hat Südafrika Schwierigkeiten, das Schuldenabkommen einzuhalten und die ausserhalb des Abkommens fällig werdenden, langfristigen Schulden zusätzlich zurückzuzahlen. Dazu war im November 1988 im Wirtschaftsmagazin „The Economist“ (12.11.1988) folgendes zu lesen: „Es gibt noch wenige Orte, wo sich Südafrika für finanzielle Hilfe hinwenden kann. Sein letztes Darlehen beim IWF hat einen Sturm verursacht; beide, der Fonds und die Weltbank, haben eine starke und beständige Mehrheit in ihren Ausschüssen, die gegen Kredite an Südafrika sind. Westliche Kreditin-

stitute meiden es, und nur wenige ausländische Banken sind bereit, neues Geld zu leihen. Südafrikas einzige Finanzierungsfreunde im Westen sind die Schweiz und die Bundesrepublik Deutschland. Schweizer Banken stecken hinter den meisten Golddarlehen, die Südafrika in diesem Jahr arrangiert hat... Bis jetzt hat die Regierung 600 Millionen Dollar auf diese Weise aufgenommen.“ (5)

Spätestens im Juni 1990 werden neue Umschuldungsverhandlungen stattfinden müssen. Auf verschiedenen Ebenen wird inzwischen von den Solidaritätsbewegungen versucht, den Druck auf die verhandelnden Banken aufzubauen, um zu verhindern, dass Südafrika zu neuen günstigen Umschuldungsbedingungen kommt.

In der Schweiz wurde im November 1988 von verschiedenen Gruppen das erste Mal zusammen mit kirchlichen Kreisen und Gewerkschaften die Bankenkampagne „Kein Geld für Apartheid“ im Hinblick auf die kommenden Umschuldungsverhandlungen lanciert. Die Schweizer Grossbanken sind von strategischer Bedeutung für Südafrika insofern, als sie in *politisch kritischen* Momenten die Bereitschaft und wirtschaftliche Kapazität haben, das Apartheidregime zu unterstützen und seinen Handlungsspielraum zu erweitern. Das ist mehr als einmal geschehen. Es ist wichtig, dass sich möglichst alle Kreise und Szenen dafür einsetzen – in welcher Form auch immer –, dass der Druck auf die Banken grösser wird. Inzwischen werden Schweizer Grossbanken zunehmend im Ausland für ihre Südafrikapolitik kritisiert (6).

Die Nachbarstaaten Südafrikas

Südafrika hat seit Jahrzehnten eine gezielte Hegemonialpolitik im Südlichen Afrika betrieben. Alle umliegenden Länder sind wirtschaftlich stark auf Südafrika ausgerichtet und von ihm abhängig. 1980 wurde vor allem auf Initiative der Präsidenten Machel (VR Mosambik), Mugabe (Zimbabwe) und Nyerere (Tansania) die SADCC, die Southern African Development Coordination Conference, der neun Staaten des Südlichen Afrikas angehören (s. Anm. 1), gegründet. Hauptziel der SADCC ist eine regional koordinierte Wirtschaftspolitik, die die wirtschaftliche Unabhängigkeit der Nachbarstaaten von Südafrika fördert. Für Südafrika war das ein harter Schlag. Das Apartheidregime hat auf die Gründung der SADCC mit Terror, Krieg und Wirtschaftssanktionen geantwortet (7).

Die IWF/Weltbankpolitik gegenüber diesen Ländern und der SADCC kann wie folgt charakterisiert werden:

1. Bis vor kurzem jedenfalls haben die beiden Institutionen sich so verhalten, wie wenn es eine integrierte wirtschaftliche Regionalpolitik nicht gäbe. Dazu zwei Beispiele: Die Weltbank hat sich im Interesse des südafrikanischen Konzerns Anglo-American (Kohleabsatz) für die Finanzierung einer zweiten Bauetappe des Kohlekraftwerks Hwange II in Zimbabwe (die erste Etappe wurde noch unter rhodesischem Regime gebaut) stark gemacht, das wegen seiner Nähe zum mosambikanischen Wasserkraftwerk Cahora Bassa ein wirtschaftlicher Unsinn ist. Es wäre besser gewesen, den Bau von Stark-

stromleitungen von Cahora Bassa (das ausschliesslich Strom nach Südafrika liefert!) zu finanzieren. Zudem wurden die Bauprojekte so ausgeschrieben, dass nur ausländische Firmen für die Grossaufträge in Betracht kamen, obwohl die einheimische Industrie durchaus in der Lage gewesen wäre, die Aufträge durchzuführen (8).

Obwohl die SADCC-Staaten Sanktionen gegenüber Südafrika befürworteten und selbst betonten, dass sie ihr möglichstes tun wollen, um ihre Wirtschaftsbeziehungen mit Südafrika einzuschränken, hat der IWF in Verhandlungen Sambia derart unter Druck gesetzt, dass es einen grossen Teil seiner Exporte wieder über südafrikanische Häfen abwickelt (9).

2. IWF und Weltbank haben die Tatsache, dass Südafrika gegen seine Nachbarn Krieg führt, ignoriert und Budgetkürzungen von Zimbabwe und Mosambik verlangt, die angesichts der herrschenden Situation blanker Unsinn sind – oder genauer: die Verteidigungsfähigkeit der beiden Länder schwächen. Gegenüber den SADCC-Staaten waren die beiden Institute unbarmherzig konsequent mit ihren „Strukturanpassungsbedingungen“, was jedoch im Fall Südafrikas überhaupt nicht der Fall war. Im Gegenteil, Südafrika wurde von IWF und den westlichen Industriestaaten jede denkbaren technischen und finanziellen Ressourcen für seine aufwendige Kriegsführung gegen innen und nach aussen zur Verfügung gestellt.

Während die Solidaritätsbewegung, was Sanktionen gegenüber Südafrika anbelangt, in den USA beachtliche Teilerfolge erzielt hat, hat die europäische Bewegung, allen voran die niederländische und skandinavische, einiges in bezug auf die Unterstützung der SADCC erreicht – aber noch längst nicht genug. Schon das Lomé-III-Abkommen sieht vor, dass die EG die SADCC-Staaten unterstützen soll/kann, ohne sich an die Strukturanpassungsbedingungen von IWF/Weltbank halten zu müssen (10). In der EG ist es wesentlich schwieriger, Sanktionen durchzusetzen als in den USA, während in den USA der primitive Antikommunismus für Hilfeleistungen gegenüber Ländern wie Mosambik und Zimbabwe ein grosses Hindernis ist. Die US-Solidaritätsbewegung hat mit ihren Sanktionenforderungen die Weltpolizistenrolle der USA „umfunktionieren“ können, während in den europäischen Staaten diese politisch/wirtschaftliche Tradition weniger existiert.

Als die SADCC gegründet wurde, zeigte sich die Schweiz desinteressiert. Erst 1986 hiess die DEH einen ersten Kredit von 3,4 Millionen Franken und im Sommer 1987 einen zweiten von 3,7 Millionen Franken für die Tazara-Eisenbahn gut (Verbindung vom tansanianischen Hafen Dar-es-Salaam nach Sambia) (11). Damit finanziert sie das politisch harmloseste Projekt, weit weg vom Schussfeld der Contra-Aktivitäten. Ein Ziel der EG-Kampagne ist es, EG-Projekte dort zu fördern, wo die von Südafrika unterstützten Contras operieren (z.B. Beira-Korridor), weil es (leider) ein Unterschied ist, ob z.B. mosambikanische Infrastruktureinrichtungen oder EG-Projekte in Mosambik zerstört und direkt EG-Experten bekriegt werden. Auch in bezug auf die SADCC hat sich die Schweiz reichlich zurückgehalten, sie hat nichts getan, beziehungsweise sich auf bilaterale Projekte in Mosambik und Tansania beschränkt, bis zu jenem Zeitpunkt, als andere aktiv wurden. So hat auch

die Weltbank inzwischen ein Büro beim SADCC eingerichtet.

Zusammenfassend lässt sich also sagen, dass erstens die Schweiz im Südlichen Afrika keine von IWF und Weltbank positiv abweichende Rolle gespielt hat, ganz im Gegenteil; dass zweitens die Nichtmitgliedschaft der Schweiz im IWF durchaus nützlich sein kann für die reaktionärsten Kräfte innerhalb des IWF; und dass drittens die Banken in der Lage sind, kurzfristig ihre eigene Organisation zu schaffen, wenn der IWF nicht mehr in ihrem Sinne funktioniert.

Aktionsziele der Solidaritätsbewegung

Wer sich in den letzten zehn Jahren mit dem Südlichen Afrika befasst hat, weiss, wie eng wirtschaftlicher und militärischer Krieg zusammenhängen. IWF- und Weltbank-Politik sind nur ein kleiner Teil dieses Krieges. Südafrikas Apartheidregime hat zusammen mit den Wirtschafts- und Staatsmännern (und -frau) des Westens eine Politik gegen die wirtschaftliche, politische und kulturelle Befreiung der Völker des Südlichen Afrikas entwickelt, die auf *allen* Ebenen einsetzt. Entsprechend hat auch die internationale Solidaritätsbewegung nach jahrzehntelanger Arbeit eine eigene Politik entwickelt. Es handelt sich – sehr zusammengefasst formuliert – im wesentlichen um drei Aktionsziele:

1. Sand ins Getriebe streuen und das Geschäft vermiesen: wirtschaftliche, kulturelle und diplomatische Sanktionen gegenüber Südafrika mit dem Ziel, dem Apartheidregime und den unterstützenden Wirtschaftskreisen den Zugang zu wirtschaftlichen und technischen Ressourcen für den Krieg nach innen und aussen zu erschweren. Mit kulturellen und diplomatischen Sanktionen sollen die herrschenden Weissen soweit demoralisiert werden, dass sie keine andere Perspektive mehr sehen, als die Apartheid abzuschaffen und die Kriegshandlungen gegenüber den Nachbarn einzustellen. Die Namibia-verhandlungen sind eindeutig ein Teilerfolg dieser Politik. Ohne die Kombination von Befreiungskampf der SWAPO, militärischen Siegen der angolaisch/kubanischen Truppen und der Finanzsanktionen gegenüber Südafrika, die den Namibia-Krieg zu einer grossen finanziellen Belastung machten, wäre das Apartheidregime nicht so bereitwillig auf Verhandlungen eingetreten. Was nicht heisst, dass damit die Befreiung Namibias gewährleistet wäre.

2. „Empowerment“ des südafrikanischen Widerstandes, d.h. politische, moralische und finanzielle Unterstützung, um ihm das Durchhalten in langjährigen Auseinandersetzungen zu ermöglichen und ihm möglichst günstige Verhandlungsbedingungen zu schaffen.

3. „Empowerment“ der Nachbarstaaten: d.h. wirtschaftliche, militärische und technische Unterstützung für die SADCC-Staaten, damit sie dem militärischen und wirtschaftlichen Krieg Südafrikas besser standhalten können. Wobei mit dieser Formulierung noch nicht gesagt ist, was denn in diesen Ländern wirtschaftlich zu unterstützen wäre! Aber das ist eine andere Debatte.

Diese drei Aktionsziele sind nicht voneinander zu trennen, das ist klar.

Mir scheint es aber wichtig, dass sich zwar die internationale Solidaritätsbewegung auf diese drei Punkte geeinigt hat, dass aber, je nach Situation unterschiedlich vorgegangen wird, und Interessengegensätze zwischen den westlichen Staaten und Wirtschaftsgruppen ausgenutzt werden, wo Teilerfolge realistisch sind. Es sind auch, je nach Land, ganz unterschiedliche Kreise, die im Rahmen dieser politischen Schwerpunkte arbeiten. Von einer einheitlichen Bewegung kann nicht die Rede sein. Zusammengenommen ergibt sich heute jedoch eine Bewegung, die eine beachtliche Stärke erreicht hat. Sie hat meiner Ansicht nach auch Politikformen entwickelt, deren Analyse sich im Hinblick auf Low-Intensity-War-Strategien lohnen würde.

Mir scheint, dass die politischen Diskussionen in der Schweiz (auch am IWF-Kongress in Zürich ist mir das aufgefallen) oft im allgemeinen stecken bleiben. Im Fall des Südlichen Afrikas wäre jedoch schon *sehr viel* erreicht, wenn es uns gelänge, die Grossbanken so unter Druck zu setzen, dass sie nicht mehr das Apartheidregime wie bisher unterstützen können.

Frauenarbeit in der Solidaritätsbewegung

Nach meinen Erfahrungen – und das entspricht auch dem, was ich von US-Amerikanerinnen, Engländerinnen und andern Frauen gehört habe – wird die Solidaritätsbewegung des Südlichen Afrikas *wesentlich* (nicht ausschliesslich) von *Frauenarbeit* getragen. Die unvermeidlichen *Politmänner* treten dann *mehrheitlich* in *Erscheinung*, wenn es um ein Sich-Zeigen in vorderster Reihe und (wenn möglich bezahltes) Artikelschreiben, um (gesponserte) Kongresse geht oder darum, zu kontrollieren, dass die Soli-Bewegung nicht vom „richtigen“ Politweg abweicht. Kurz: wenn man sich wichtig fühlen und profilieren kann. Was ja nicht neu ist.

Dennoch aber bin ich überzeugt: Die Tatsache, dass zunehmend Frauen in der Solidaritätsarbeit (und in anderer oppositioneller Politarbeit) involviert sind – dies hat dieser Kongress 1988 gezeigt im Unterschied zu den 68er Zeiten – ist eine politische Herausforderung. Die Frage, welche politischen Konsequenzen aus der zunehmenden Präsenz von Frauen in den verschiedensten Widerstandsszenen zu ziehen wären, ist alles andere als beantwortet.

Anmerkungen

- 1) Zur SADCC (Southern African Development Coordination Conference, gegr. 1980) gehören: Angola, Botswana, Lesotho, Malawi, Mosambik, Swaziland, Tansania, Sambia und Zimbabwe. Ziel bei der Gründung: den Kampf für die politische Befreiung auf die ökonomische Ebene zu übertragen und der wirtschaftlichen Hegemonie Südafrikas im Südlichen Afrika eine eigene, koordinierte Wirtschaftspolitik entgegenzustellen.
- 2) Mehr dazu in: Mascha Madörin: Südafrika und die Schweiz. Zur Geschichte einer intimen Allianz. In: Widerspruch 13/87, Nation, Volk & Rasse, S.75 ff.
- 3) Joachim Becker: Sonderbehandlung für Pretoria. In: informationsdienst südliches afrika (Bonn), 2/87, S.16. S. dazu auch folgende Literatur: Africa Now, March 1983, Center for

International Policy, Memo (Washington) 6/1/83; Gerd Junne: Apartheid und internationale Verschuldung. In: Elmar Altvater et al.: Die Armut der Nationen, Berlin 1987, S.263 ff.

- 4) Joachim Becker: a.a.O. S.16.
- 5) Der Goldhandelsplatz Schweiz hängt (immer noch) wesentlich vom südafrikanischen Gold ab. S. dazu Mascha Madörin: GoldGier, (Aktion Finanzplatz Schweiz-Dritte Welt), Bern 1989, 5.Kapitel zum Finanzplatz Schweiz: Gold-as-gold-can (vgl. den kurzen Auszug daraus im Anschluss an diesen Beitrag).
- 6) Kürzlich wurde erstmals bekannt, dass den drei Grossbanken die Beteiligung an einer Eurobondanleihe von einer kanadischen staatlichen Institution mit dem Argument verwehrt wurde, dass die drei Grossbanken Südafrika unterstützen (TA 1.3.89). Im Dezember 1988 und im Januar 1989 hat die Anti-Apartheidbewegung in London Picketts einmal vor der Schweizerischen Volksbank und einmal vor dem Swiss Center organisiert. Es handelte sich beim ersten Mal um einen Protest gegen eine Anleihe der südafrikanischen Regierung auf dem Schweizer Finanzmarkt, für die die Volksbank als Zahlstelle fungiert, und beim zweiten Mal um die Erneuerung einer Anleihe der Schweizerischen Bankgesellschaft für das Apartheidsregime (70 Mio Sfr.). Der Schweizerische Bankverein ist in die Schlagzeilen der internationalen Finanzpresse geraten, weil er für den Übernahmeversuch des britischen Bergbaukonzerns Consolidated Gold Fields durch Minorco, eine Holdinggesellschaft, die von der südafrikanischen Konzerngruppe Anglo American und De Beers kontrolliert ist, über 1 Mrd. Sfr. bereitgestellt hat.
In Italien haben die drei Gewerkschaften CGIL, UIL und CISL beschlossen, sich dafür einzusetzen, dass kein Gold aus Südafrika mehr von der italienischen Goldschmuckindustrie, der grössten der Welt, verwertet wird. Italien bezieht 100 t Gold direkt aus Südafrika, 100 t aus der Schweiz, und schätzungsweise 40 t werden von der Schweiz nach Italien geschmuggelt. Wenn es den italienischen Gewerkschaften gelingt, ihre Forderungen durchzusetzen, dann wird das Konsequenzen für die Schweiz. Grossbanken haben. Die Schweiz. Bankgesellschaft behauptet für sich, dass sie einen Viertel von Italiens Goldbedarf deckt (TA 2.2.87).
Mitte 1988 wurde die World Gold Commission gegründet (mit Sitz in London), deren Aufgabe es ist, den Boykott des südafrikanischen Goldes zu organisieren. Damit gerät der diskrete Goldhandelsplatz Schweiz notwendigerweise ins Blickfeld der internationalen Solidaritätsbewegung.
- 7) S. dazu: Dokumentation Südliches Afrika. In: Mosquito Nr. 11/12, Dez.1988; Lomé-Briefing Nr.4, epd-Entwicklungspolitik, Vorausinformation 1/89, Frankfurt 1989; SADCC-Brief 4-88, Verschuldung-Finanzierung, hrsg. von informationsstelle südliches afrika e.v. (issa) Bonn
- 8) Joachim Becker: Krisenmanagement in Zimbabwe, informationsdienst südliches afrika 2/87
- 9) Ursula von Gunten: Der weisse Terror, in: Mosquito a.a.O. S.25
- 10) S. dazu die interessanten Dokumente im Lomé Briefing
- 11) Markus Mugglin: Schweiz und SADCC. In: Mosquito, a.a.O. S.26 ff.

Schweiz: Gold-as-gold-can. *

Der Schweizer Finanzplatz war zur Zeit des Zweiten Weltkrieges der Finanzplatz Europas. Mit Schweizer Franken konnte, von wem auch immer, überall eingekauft werden. Zum Beispiel brauchten auch die USA Schweizer Franken für den Unterhalt ihrer Truppen in Europa, für Spionagedienste u.a.m. Dazu kam, dass die USA die europäischen Guthaben, die bei der Federal Reserve Bank lagen, während des Krieges gesperrt hatten und ebenso den Dollarhandel überwachten. Der frei wechselbare „neutrale“ Schweizer